

Der Bürgermeister verweist auf die modifizierte Verwaltungsvorlage. Die Abänderung des Beschlussvorschlages habe die Verwaltung zur Absenkung von Kosten vorgenommen.

Herr Langer verweist auf Aussagen bzw. Anträge in den Haushaltsreden. Die Schwerpunkte hieraus seien im APUE und der Arbeitsgruppe erörtert worden und hätten schließlich zur einstimmigen Beschlussempfehlung geführt. Von daher favorisiere man die Bestätigung dieser Beschlussempfehlung. Die Änderungen der Verwaltung seien nicht nachvollziehbar.

Herr Sonntag erklärt, dass seine Fraktion dies ähnlich sehe. In Gedanken sei man gem. der neuen Fahrtroute die Linie 533 mitgefahren. Die Linienführung sei fragwürdig. Herr Sonntag schildert einige Eckpunkte der vorgesehenen Route. Komme man beispielsweise über die Bouraueler Brücke, fahre man erst rechts zur Bushaltestelle, ehe man dann wieder in Richtung Bahnhof wenden müsse. Grundsätzlich mache die Linienführung zwar Sinn, jedoch zweifele man an der taktischen Umsetzung. Der Planer habe sich bemüht, im Kreisgebiet gleiche Standards zu schaffen. Insofern sei es durchaus sinnvoll, die vom Planer vorgeschlagene Lösung als zunächst als „Kick Off-Basis“ zu nehmen. Die CDU wäre auch damit einverstanden, die Ursprungstaktung des Planes beizubehalten. Der Änderungsvorschlag der Verwaltung werde vom finanziellen Aspekt dominiert. Demnach sollen an Sonn- und Feiertagen bestimmte Linien mit dem Taxi-Bus nicht frequentiert werden. Diesen Weg wolle man nach intensiven Beratungen nicht mit gehen. Der Taxi-Bus sei ein nachfrageorientiertes Verkehrsmittel, und es gehe auch darum, festzustellen, wo und wie sich die Nachfrage entwickelt.

Herr Gräf erklärt, dass er ebenfalls bei Kenntnisnahme der modifizierten Beschlussvorlage irritiert und auch verärgert gewesen sei, nachdem man sich im Planungsausschuss nach ausführlicher Diskussion auf eine Lösung verständigt habe. Allerdings wolle er fairerweise auch darauf hinweisen, dass der Erste Beigeordnete den Finanzierungsvorbehalt angesprochen habe. Jedoch gehe es um signifikante Verbesserungen des ÖPNV in den Außenorten. Von daher sei es erforderlich, die Verbesserungen – zumindest von Montag bis Freitag – mit dem Mindeststandard stündliche Taktung – auf den Weg zu bringen. Ob ein Angebot am Wochenende gebraucht werde, sei allerdings noch zweifelhaft. Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen sei auch vorstellbar, an Wochenenden zunächst mit einem „ausgedünnten“ Angebot zu starten. So könne man samstags auf einen 2-Studentakt gehen mit Taxibussen. Dann solle man abwarten, wie das Angebot angenommen werde und in einem Jahr die Situation neu bewerten. Unter Hinweis auf den Wortbeitrag von Herrn Sonntag hält Herr Gräf es für schwierig, von einmal angebotenen Standards wieder zurückzugehen. Die Kosten seien zwar grob beziffert, jedoch in Gänze noch nicht klar. Anschließen könne man sich dem Deckungsvorschlag „Anpassung der Parkgebühren“ – allerdings auch verbunden mit einer konsequenteren Überwachung des ruhenden Verkehrs.. Die FDP plädiere darüber hinaus für eine Neubewertung des Schülerspezialverkehrs und erwarte in diesem Bereich signifikante Einsparungen. Ergänzend fügt er hinzu, dass man sich auch dem Vorschlag der Verwaltung anschließen könne, an Samstagen auf die Linie 579 zu verzichten.

Herr Sonntag warnt vor Änderungen beim Schülerspezialverkehr. Insbesondere auch durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und den Unternehmen habe sich diese Lösung bewährt. Ohne Not wolle man hieran nichts ändern, sondern höchstens optimieren. Dies sage er im Hinblick auf die bevorstehende Diskussion zu diesem Thema im Schulausschuss. Weiteres Problem sei die Legitimierung der Fahrschüler im Linienbus bei Integration in den ÖPNV. Ein neues Fahrkartensystem sei erforderlich. Außerdem halte der Linienbus an jeder Haltestelle und mache die Fahr für die Schüler beschwerlicher. Herr Müller ergänzt im weiteren

Verlauf der Aussprache, dass die Einführung des Schülerspezialverkehrs vor Jahren im DM-Beträgen ausgedrückt eine sechsstellige Summe an Einsparpotential mit sich gebracht habe. Desweiteren verweist Herr Sonntag auf die KM-Kosten des Taxibusses. Fahre der Taxi-Bus nicht, entstünden auch keine Kosten.

Diese Aussage kann im Laufe der weiteren Diskussion weder bestätigt noch dementiert werden. Verwaltungsseitig wird auf mögliche Fix-Kosten – beispielsweise durch die Bereithaltung der Fahrzeuge und die Bereitstellung von Personal – verwiesen. Bisher sei aber niemand in der Lage gewesen, hierzu konkrete Angaben zu machen. Herr Sterzenbach ergänzt, dass man wohl von einer Umlagefinanzierung dieser Kosten ausgehen müsse.

Bei den genannten 50.000 Euro handele es sich um eine angenommene 50%-Quote, so Herr Sonntag. Man wisse ja noch gar nicht, wie sich das letztendlich tatsächlich darstelle.

Herr Gräf erklärt, dass seiner Information nach die Fix-Kosten bei 80 Prozent lägen, die auch in irgendeiner Weise zu finanzieren seien, über der Bus nun fahre oder nicht. Die FDP wolle darüberhinaus ernsthaft die Situation des Schülerspezialverkehrs überprüfen. Es sei nicht einzusehen, dass innerhalb von 10 Minuten im gleichen Linienabschnitt zwei Busse hintereinander herfahren. Zumindest die Schüler der Sekundarstufen I und II könnten über den ÖPNV mit transportiert werden. In anderen Kommunen gehe dies auch. Betrachte man die verschiedenen kostenintensiven Aufgabenfelder der Gemeinde, seien dringend Einsparungen erforderlich.

Herr Zielinski verweist auf eine von der SPD initiierte Veranstaltung zum Thema ÖPNV, Hierbei habe sich herausgestellt, dass in jedem Falle Verbesserungen in diesem Bereich gewünscht seien. Auch er sei bei Betrachten des alternativen Beschlussvorschlages zunächst verärgert gewesen und davon ausgegangen, dass man sich an einstimmigen Beschlussempfehlungen des Ausschusses orientiere. Allerdings seien die Einwände auch nachvollziehbar. Insofern könne man sich seitens der SPD zumindest in Teilen dem Kompromiss anschließen, insbesondere bei der Reduzierung des Wochenendverkehrs. Unter Bezugnahme auf den von Herrn Sonntag kritisierten Linienverlauf erklärt Herr Zielinski, dass es kein Problem sei, eine Haltestelle von der einen auf die andere Straßenseite zu verlegen.

Herr Langer hält es nicht für sinnvoll, am Sonntag zunächst Einschränkungen hinzunehmen. Erfolgt dann keine Fahrten, könne man auch keinen Bedarf ermitteln. Schüler mit dem ÖPNV zur Schule zu fahren, habe nicht nur etwas mit Einsparungen zu tun, sondern sei auch eine lehrreiche und positive Erfahrung für die Schüler. Eine Optimierung sei unbedingt nötig.

Nach weiteren Wortbeiträgen macht der Bürgermeister deutlich, dass nichts vom bestehenden Angebot gestrichen werden soll, sondern andernfalls von angemeldeten Wünschen. Günstiger werde die Sache nicht, wenn man sonntags Taxi-Busse fahren lasse. Das Argument, dass man die Kosten noch nicht genau kenne, sei für ihn nicht ganz nachvollziehbar.

Herr Utsch stellt die Ausnutzung der Buslinien zur Diskussion. Jeder solle sich einmal fragen, wie oft er einen Bus nutze. Er selber habe oft genug mit nur wenigen Fahrgästen in den Bussen gesessen.

Herr Meeser unterstreicht diese Auffassung. Außerhalb der Stoßzeiten sei die Ausnutzung nicht groß. Auch er habe bei Kenntnisnahme des Verwaltungsvorschlages gewisse Kopfschmerzen gehabt. Andererseits könne man die Finanzen nicht aus dem Auge verlieren. Er habe auch kein Problem damit, einen Ausschussbeschluss hier im Rat zu modifizieren, wenn neue Sachverhalte dies erforderten. Die Anhebung der Parkgebühren sei eine gute Idee, zumal hierdurch eine direkte Beziehung zur Nutzung des ÖPNV hergestellt werde.

Herr Strack erklärt, dass man nicht in der Lage sei Geld zu verteilen und zitiert aus der Haushaltsverfügung des Rhein-Sieg-Kreises.

*„Eine Perspektive für einen erneuten strukturellen Haushaltsausgleich ist nach der Finanzplanung derzeit nicht erkennbar. Für die Finanzplanungsjahre 2011 bis 2013 werden weitere, wenn auch sinkende Fehlbedarfe ausgewiesen. Da die verbleibende Ausgleichsrücklage nach der Darstellung zur Deckung des Defizits in 2011 nicht mehr ausreicht, werden ab dem kommenden Haushaltsjahr genehmigungspflichtige Verringerungen der Allgemeinen Rücklage erforderlich. Eine Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ergibt sich zwar nicht, zur Vermeidung eines fortschreitenden Eigenkapitalverzehr muss für die Gemeinde jedoch die Konsolidierung im Vordergrund stehen.“*

Herr Scholz erklärt, dass man dem Bürger die Möglichkeit einer ausreichenden Mobilität bieten müsse. Kritik übt Herr Scholz an der CDU. Schon vor Jahren hätte man Anruf-Sammeltaxen haben können und ständig seien diese nicht gewollt gewesen.

Nach der längeren Aussprache fasst der Bürgermeister zusammen und formuliert einen modifizierten Beschlussvorschlag zu Ziff. 5 der APUE-Beschlussempfehlung.

Herr Sonntag erklärt, dass der Punkt aa) des Kompromissvorschlages (Linie 533) von der CDU mitgetragen würde. Bei den übrigen Vorschlägen wolle man aber nicht den Verzicht auf die Taxi-Busse an Wochenenden. Bei dieser unklaren Situation sei hier und heute auch nicht über die Finanzierung zu beschließen. Diese Ausführungen erhebt Herr Sonntag zum Antrag.

Herr Langer stellt ebenfalls den Antrag in diesem Sinne wobei seine Fraktion allerdings auf der Linie 533 auch an Sonn- und Feiertagen Taxi-Busse eingesetzt werden.

Herr Bäumen regt an, über die einzelnen Punkte einzeln abzustimmen. Der Vorschlag findet keine Zustimmung.

Herr Gräf beantragt namentliche Abstimmung, Herr Müller daraufhin geheime Abstimmung.

Nach weiteren kurzen Wortmeldungen besteht Einvernehmen, auf besondere Abstimmungsverfahren zu verzichten und den üblichen Abstimmungsweg zu wählen.

Auf Frage des Bürgermeisters erklärt sich der Rat schließlich damit einverstanden, den von der FDP formulierten und vom Bürgermeister vorgetragenen Kompromissvorschlag zunächst zur Abstimmung zu stellen. Werde diesem entsprochen, erübrige sich somit die gesonderte Abstimmung über die Anträge Sonntag (CDU) und Langer (GRÜNE).

Schließlich lässt der Bürgermeister über die Beschlussvorlage des APUE, abgeändert durch die Formulierung in Ziff. 5, abstimmen.

